

Bericht über den Verlauf der 16. Hauptauschuss-Sitzung am 2. Februar

Anwesend als Vertreter der Landesverbände: Korius-Deffau, Kocher-Mannheim, Bamberger-München, Grottel-Eberwalde, Basse-Bochle, Romer-Göding, Zogmann-Hannover, Schwabig-Zierlein, Beder-Wiesbaden, Hagemann-Götting, Schulze-Wittmund, Sauter-Wittulshaus, Witt-Rudolfsberg, Kallmann-Ludwigshafen, Lange-Swinemünde, Schröder-Salzwedel, Himmelmann-Köln, Tilsack-Saxen, Vertam-Klein-Flottbeck, Süßig-Saalfeld, Bergener-Baderborn, Bader-Ilm; als Mitglieder des Hauptvorstandes: Allinger-Berlin, Hofmann-Brandenburg, Schindler-Billich, Krensch-Rosdorf, Bid-Reumahr, Tenhoff-Straselen, Pfeiffer-Darmstadt, Simmgen-Dresden, Schetelig-Lübeck, Mayer-Bamberg, Werner-Berlin, Grobden-Mittelland, Somsch-Mittelland, Verhoff-Bornstedt, Beder-Oberwehren, Voelker-Frankfurt a. M., Hofmann-Berlin, Hausmann-Stuttgart, Professor Dr. Ebert-Berlin.

1. Eröffnung. Präsident Schetelig-Lübeck eröffnete die Sitzung unter Hinweis auf die wachsende Wichtigkeit, die auch am deutschen Gartenbau nicht vorübergegangen sei und die eine erhöhte Tätigkeit des Landesverbandes verlange. Bei aller Notwendigkeit der Fortsetzung der Staatshilfe für den Beruf bleibt doch die Selbsthilfe oberstes Gebot jeder berufständlichen Arbeit. — Schetelig begrüßte besonders die neuwählten Vorsitzenden des Landesverbandes, Braunschweig: Basse-Bochle und des Landesverbandes Ostpreußen: Witt-Rudolfsberg, wobei er gleichzeitig den ausgeschiedenen Vorsitzenden Gehlhart-Königsberg und Biedner-Brandenburg den Dank des Hauptauschusses für ihre dem Beruf geleisteten Dienste zum Ausdruck brachte. — 2. Schriftliche Mitteilungen. Es wurde festgestellt, daß sämtliche Landesverbände in der Hauptauschuss-Sitzung vertreten waren. — Für die Landesverbände Braunschweig, Pommern, Oberhessen, Niederhessen, Thüringen, Nordwest, Ostpreußen und Berlin-Brandenburg wurde folgender Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht: „Der Hauptauschuss des Landesverbandes soll folgenden Beschluß fassen: Die Landesverbände wählen zu jeder Hauptauschuss-Sitzung einen Veramtsungspräsidenten und zwei Stellvertreter.“ Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag, da er den Satzungen widerspricht, mit 42 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Seitens der genannten acht Landesverbände wurden daraufhin drei Dringlichkeitsanträge eingebracht. Als durch Beschluß des Hauptauschusses mit 16 gegen 15 Stimmen die Dringlichkeit der Anträge abgelehnt wurde, verließen die Vertreter der genannten Landesverbände nach Abgabe der folgenden Erklärung die Sitzung: „Der Ablauf der letzten Hauptauschuss-Sitzung hat die der Interessengemeinschaft angeschlossenen Verbände veranlaßt, die zur Verteilung gedruckten Anträge einzubringen. Die Verbände haben die Anträge in der wohlüberlegten Absicht eingebracht, den ausgebildeten Verwaltungsapparat zu verfeinern, wesentliche Einparungen zu erzielen, und der Stimme der Landesverbände, besser gesagt, der Mitglieder, mehr Gewicht zu verleihen. Sie sind von ihren rund 6300 Mitgliedern beauftragt, den Verwaltungsrat des Landesverbandes auf einen der wirtschaftlichen Notlagen des Berufes angemessenen Stand zu versetzen. — Durch Ablehnung der Anträge legt sich der Hauptauschuss in Widerspruch zu den Interessen der von uns vertretenen Mitglieder. Die unterzeichneten Landesverbände sind nicht in der Lage, länger die Verantwortung für Maßnahmen zu tragen, die vom Präsidium getroffen oder vorgeschlagen werden, weil sie der Meinung sind, daß in diesen Fällen der Zustimmung und der Bewilligungen der Mitglieder nicht Rechnung getragen wird. Wir lehnen die Verantwortung ab für alle Beschlüsse, die nicht eine wesentliche Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge, eine harte Verringerung der Kosten der Verwaltungsdienste und gesteigerte Tätigkeit für die materiellen Belange der Mitglieder gewährleisten. Wir verlassen die Versammlung unter Protest gegen die bisherige Haltung des Verwaltungsrates, des Präsidiums und des Hauptvorstandes und betrachten uns nicht gebunden an Beschlüsse, die unseren berechtigten Forderungen nicht Rechnung tragen. Ges.: Robert Bloßfeld, A. Schulze, Paul Süßig, W. Rorius, Rudolf Lange, Josef Sautler, Max Tilsack und C. Witt.“ — Bei der Besprechung dieser Erklärung und der weiteren Vorgänge wurde, seitens der anwesenden Hauptauschussmitglieder übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß das Verhalten der acht Landesverbände vor der Notwendigkeit, praktische Arbeit für den Beruf zu leisten, Rechnung trage, und daß die bereits vor der Hauptauschuss-Sitzung fertiggestellte Erklärung in ihrem Wortlaut mit dem tatsächlichen Verlauf nicht in Einklang gebracht werden kann. Es sei nicht angebracht, erst in der Hauptauschuss-Sitzung die Landesverbände mit so wichtigen Anträgen zu überraschen. Dadurch werde verhindert, daß die Landesverbände die Ansichten der Bezirksgruppen zu so lebenswichtigen Anträgen einholen könnten, so daß man auch zu den Anträgen nicht Stellung nehmen könne. Es sei aber andererseits angesichts des Notstandes des Berufes notwendig, sofortige Arbeit zu leisten, so daß versucht werden müsse, die abweichenden Landesverbände wieder zur Teilnahme zu veranlassen. — 3. Die Arbeitsgebiete der Hauptgeschäftsstelle und die Zusammensetzung der Abteilung des Reichsverbandes. Hofmann-Berlin berichtete über die Arbeitsgebiete der Hauptgeschäftsstelle und gab die nachstehend wiedergegebene Besetzung der Hauptgeschäftsstelle, sowie die Namen der ehrenamtlich in den Abteilungen der Hauptgeschäftsstelle und in den nachgeschalteten tätigen Mitglieder bekannt:

Abteilungen der Hauptgeschäftsstelle: A) Verwaltung: Hofmann; B) Organisation: Sievert; C) Werbung und Nachrichten: Sievert; D) Ausbildungsstellen: Professor Dr. Ebert; E) Gartenbau: Dr. Schmitt; F) Wirtschaftspolitik: Dr. Reichle; G) Sozialpolitik: Siegmund; H) Steuerpolitik: Siegmund; K) Betriebswirtschaft (im Aufbau); L) Blumen- und Pflanzenbau: Weinhausen; M) Gartenausführung und Friedhofsgärtnerei: Weinhausen; N) Gemüsebau: Professor Dr. Ebert; O) Obstbau: Professor Dr. Ebert; K) Technische Betriebsmittel: Demmig. Abteilungen für Werbung und Nachrichten: Vorsitz: Oekonomierat Mayer-Bamberg; Mitglieder: Schröder-Krefeld, Dageföhr-Berlin, Ringer-Nürnberg. Abteilung für Ausbildungsstellen: Vorsitz: Werner-Beuel; Mitglieder: Professor Schindler-Billich, Lange-Swinemünde, Hinzgenossen-Krefeld, Juchland und Krug von der Landwirtschaftskammer Berlin. Abteilung für Wirtschaftspolitik: Vorsitz: Hofmann-Stuttgart; Mitglieder: Hingebald-Dresden, Tenhoff-München, Schröder-Krefeld, Schröder-Ottensleben. Abteilung für Sozial- und Steuerpolitik: Vorsitz: Voelker-Frankfurt a. M.; Mitglieder: Haus-Suttgart, Schröder-Krefeld, Hingebald und Schröder-Salzwedel. Abteilung für Technische Betriebsmittel: Vorsitz: Beder-Oberwehren; Mitglieder: Hinzgenossen-Krefeld, Landwirtschafskammeramt Völk-Berlin. Abteilung für Finanzangelegenheiten: Vorsitz: Somsch-Mittelland, Grottel-Bamberg und Rade-Hannover. — 4. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1930. Die Berichte wurden ausführlich durch die Leiter der einzelnen Abteilungen vorgelesen. Das Material wird gesammelt in einem Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes in der Zeit vom Jahre 1930 bis 1930 zur Veröffentlichung kommen. — 5. Stellungnahme des Hauptauschusses zum Tätigkeitsbericht 1930. Eine Aussprache fand nicht statt. — 6. Bericht über die Januar-Sitzungen der Hauptauschüsse und Abteilungen. Krensch-Rosdorf berichtete ergänzend zu dem Bericht des Abteilungsleiters Weinhausen über die Verhandlungen in der Sitzung des Hauptauschusses für Blumen- und Pflanzenbau. Es sei beschlossen worden, die Arbeiten bezüglich der Sortenerneuerung bei Hortensien, Sommerastern und anderen Sommerblumen weiterzuführen. Gelegenheit des Gartenausweises in Berlin soll im Großen Saal des Restaurants Kroll eine Blumen- und Pflanzenausstellung stattfinden, um den auswärtigen Gärtnern zu zeigen, daß Deutschland durchaus in der Lage sei, auf dem Gebiete des Blumen- und Pflanzenbaues zu konkurrieren. Es sollen nur Spitzenleistungen gezeigt werden, und zwar Hortensien, Treibrosen, Reiten, Rasblumen, Flieder, Stauden usw. Dem Ausland sollen vor allen Dingen diejenigen Pflanzenarten vorgeführt werden, bei denen noch die Möglichkeit des Exportes gegeben sei. Es sei ja bekannt, daß schon heute Italien und andere Blumen von Deutschland nach Kalifornien und von dort nach Deutschland zum Verkauf kommen. Der Hauptauschuss habe sich außerdem mit Vorkaufsverträgen befaßt und werde demnächst definitive Vorschläge hierzu machen. — Über die Besprechungen im Hauptauschuss für Gartenausführende berichtete Allinger-Berlin ebenfalls unter Hinweis auf den über dieses Arbeitsgebiet bereits erstatteten Tätigkeitsbericht. Er erwähnte den Beschluß des Hauptauschusses, den Behörden des Reiches, der Länder, der Provinzen und Kommunen Richtlinien zur Vergütung von öffentlichen Arbeitern anzugeben zu lassen, um dadurch die Vergütung von Ausführenden an die Gartengestalter anzuregen. — Für Herrn Bid-Reumahr berichtete Tenhoff-Straselen über den Verlauf der Sitzung des Hauptauschusses für Obstbau, die sich eingehend auch mit handelspolitischen Fragen beschäftigt habe. — Mayer-Bamberg berichtete über die Sitzung der Abteilung für Werbung und Nachschubdienst und die von dieser Abteilung geplanten Arbeiten. Es werde Aufgabe der Landesverbände und Bezirksgruppen sein, die notwendigen Mittel für eine ausreichende Werbung zur Verfügung zu stellen. Wenn die Werbung systematisch in den Unterorganisationen durchgeführt werde, sei ein vermehrter Absatz auf diesem Wege unbedingt zu erwarten. — Fischer-Freiburg berichtete über die Tätigkeit der Friedhofsgärtner und brachte zunächst den Wunsch zum Ausdruck, daß die Landesverbände vorstehenden den Angelegenheiten der Friedhofsgärtner größeres Interesse entgegenbringen möchten. Die Lage der Friedhofsgärtner sei unter der Einwirkung der Monopolisierung der Friedhöfe eine außerordentlich unangenehme, so daß die Friedhofsgärtner nach Möglichkeit auch den Anschlag an die politischen Parteien zu erreichen versuchen, um auf diesem Wege die Wahrung ihrer Interessen bei den zuständigen Behörden sicherzustellen. Der Solidaritätsfonds für Friedhofsgärtner habe beschlossen, zur Bekämpfung der Monopolisierung einen Prozeß, e. B. bis zum Reichsgericht, durchzuführen. Fischer leitete mit, daß der Sonderauschuss dem Hauptauschuss für Friedhöfe und Denkmäler beigetreten sei, um auch hier die Interessen der Friedhofsgärtner wahrnehmen zu können. Dem Hauptauschuss werde vorgeschlagen, Mittel zur Herausgabe einer kleinen Broschüre über die künstlerische Anlage von Grabstätten zu bewilligen und einen Film für Propagandazwecke für Friedhofsgärtner zu beschaffen. — Der Sonderauschuss für Friedhofsgärtner habe dann sehr eingehend zu der Frage der Preisbildung für Baumholz-erzeugnisse Stellung genommen. Die jetzt den Siebertvertretern ge-

währten Rabatte verhinderten die Wirtschaftlichkeit der Friedhofsbetriebe. — Der Wunsch von den Friedhofsgärtnern zum Ausdruck gebrachte Wunsch, einen eigenen Fachauschuss zu erhalten, sei auch in der letzten Sitzung wieder betont worden, und er würde auch dem Hauptauschuss zur gegebenen Zeit erneut eingebracht werden. Schindler-Billich ergänzte den Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes auf dem Gebiete des Ausbildungsstellen. Die Abteilung habe sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit den wichtigsten Fragen der Vorbereitungsstelle für die Obergärtnerexamen beschäftigt. Ferner sollte die Frage des einstufigen Lehrlings für die Fachklasse aufgenommen und geprüft werden, welche Lehrmittel innerhalb der einzelnen Schulen zweckmäßig zur Verwendung kommen könnten. Die Frage der zukünftigen Stellung der Diplomgärtner habe den Anschlag ebenfalls sehr eingehend beschäftigt. — Inzwischen waren die Vertreter der acht Landesverbände wieder in der Hauptauschuss-Sitzung erschienen, die nach einer ausführlichen Aussprache über die Weiterverhandlung der schwebenden Angelegenheiten den Antrag stellten, die abgelehnten Anträge auf Satzungsänderung zur Beratung und Beschlußfassung für eine demnächst einzuberufende Hauptauschuss-Sitzung einzubringen, die Punkte 8 und 9 aus der Tagesordnung herauszunehmen und zusammen mit den zu Punkt 14 vorzubringenden Anträgen in einer neuen Hauptauschuss-Sitzung zu verhandeln. Seitens der Leitung wurde betont, daß es dieses Antrages nicht bedürfte, da verspätet eingebrachte Anträge selbstverständlich für die nächste Sitzung des Hauptauschusses vorgelegt werden. Das Präsidium wurde ermächtigt, bis zur neuen Hauptauschuss-Sitzung am 6. Juni die Geschäfte auf Grund des vorgelegten Haushaltsplanes weiterzuführen. Zur Bearbeitung der eingereichten Organisationsanträge wurde eine Kommission gewählt, der angehören: Präsident Grobden, Tenhoff, Lange, Kocher, Himmelmann, Hofmann nimmt an allen Sitzungen der Kommission teil. Bei der Beratung des Ausschusses Treibrosen-Ludewalder beantragte Korius-Deffau, dem Antrag des Hauptvorstandes entsprechend der Bezirksgruppe mitzuteilen, daß der Hauptauschuss das Vorgehen der Bezirksgruppe missbillige. Die Angelegenheit wurde nach Verteilung eines an den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg gerichteten Schreibens als erledigt angesehen. — Zu 7. Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Gartenbaues und Möglichkeiten zu ihrer Besserung. Dr. Reichle berichtete über die Maßnahmen, die seitens des Reichsverbandes zur Verbesserung der handelspolitischen Stellung des Gartenbaues eingeleitet worden sind (siehe verschiedene Veröffentlichungen in der „Gartenbauwirtschaft“). Für den Export gartenbaulicher Erzeugnisse sei der Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages bedeutungsvoll. In den Verhandlungen mit den Öst- und Nordstaaten müsse man insbesondere auch für den Obst- und Gemüsebau weitere Verbesserungen zu erreichen versuchen. Auf binnenwirtschaftlichem Gebiet habe das Handelsministerium für den Obst- und Gemüsebau besondere Bedeutung. Die Hauptauschüsse dieser beiden Berufsgruppen würden sich mit dieser Frage besonders zu befassen haben. Die zur Erleichterung des Handels mit ausländischen Erzeugnissen im Straßhandel und auf den Wochenmärkten notwendigen Bestimmungen seien vorbereitet und den zuständigen Stellen zugeleitet worden. — Auf dem Gebiete der Betriebspolitik hatten die Maßnahmen insbesondere der Abschaffung des Rekrutierungsvertrages, der Herabsetzung des Mindestabgabepreises und der Stärkung der Preispolitik für leichtverderbliche Erzeugnisse gebietet. Unser Wunsch auf Verbilligung der Tarife für Obst- und Gemüse wurde berücksichtigt. — Als Abschluß der Aussprache, die sich vor allen Dingen auf die handelspolitische Konzentration, wurde betont, daß den Mitgliedern keine übertriebenen Hoffnungen gemacht werden dürfen. Es wurde folgende Entschlossenung telegraphisch dem Reichsminister und dem Reichsernährungsminister übermittelt: Die auf allen Teilen des Reiches verfahrenen Vertreter des deutschen Gartenbaues hätten sich dem Berufsstand und der Allgemeinheit gegenüber für verpflichtet, in letzter Stunde nochmals auf die unabsehbaren Folgen hinzuwirken, welche entstehen müßten, wenn bei den zur Zeit schwebenden Verhandlungen über die Umgestaltung der handelspolitischen Grundlagen der deutschen Boden-

wirtschaft die Lebensfragen des Gartenbaues keine ausreichende Berücksichtigung finden würden. Die Verammlung bittet daher mit größter Dringlichkeit, den Forderungen des Berufsstandes Rechnung zu tragen. Außerhalb der Tagesordnung beantragte Präsident Verhoff im Namen des Hauptvorstandes, den früheren Generalsekretär Hofmann zum Ehrenmitglied des Reichsverbandes zu ernennen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und Hofmann die Ehrenurkunde des Reichsverbandes ausgehändigt. — Zu Punkt 7 der Tagesordnung wurde folgender Antrag der Bezirksgruppe Berlin angenommen: Der Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. B. wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Reichsregierung die autonome Zollfrage für Post 41 „Frische Blumen usw.“ verdoppelt und für die Zeit vom 1. Mai bis 30. November eine vollkommene Einfuhrzölle für diese Position auspricht. Für die Zeit vom 1. Dezember bis 30. April dürfen die Vertragszölle nicht unter 50% der verdoppelten autonomen Zollfrage vermindert werden.“ Die Besprechung der Punkte 7, 8, 9 und 10 wurde vertagt. Zu Punkt 11: Beschlusfassung über die Maßnahmen zur Förderung des Abzuges deutscher gartenbaulicher Erzeugnisse im Jahre 1931. Sievert berichtete über die seitens der Abteilung für Werbung und Nachschubdienst zum Herbstplan 1931 gefaßten Beschlüsse, die den Landesverbänden und Bezirksgruppen inzwischen schriftlich zugegangen sind. In der sehr ausgiebigen Aussprache, an der sich Himmelmann-Köln, Bergener-Baderborn, Schröder-Krefeld, Schröder-Salzwedel, Vertam-Klein-Flottbeck, Sauter-Wittulshaus, Basse-Bochle beteiligten, wurde die Förderung der Werbung in den Landesverbänden und Bezirksgruppen fast unterstrichen. — Punkt 12: Welche Aufgaben ergeben sich für die Landesverbände und Bezirksgruppen aus der Neuordnung des Steuerwesens? wird vertagt. — Punkt 13: Die Gartenbau- und Friedhof-Berufsgenossenschaft. Siegmund berichtete über den Verlauf der auf Grund eines Antrages des Landesverbandes Rheinland mit der Berufsgenossenschaft geführten Besprechungen. Die Berufsgenossenschaft habe bereitwillig weitgehenden Einblick in die Geschäftsführung der Berufsgenossenschaft gestattet. Auf Grund des dem Präsidium erhaltenen Berichtes habe das Präsidium bei der Berufsgenossenschaft angeregt, ein Sachverständigen-Gutachten einzuholen. Seitens der Berufsgenossenschaft sei dieser Vorstoß abgelehnt, aber die Prüfung durch das Reichsversicherungsamt veranlaßt worden. — Altem-Gotha schilderte als Vorsitzender der Gartenbau- und Friedhof-Berufsgenossenschaft die seitens der Berufsgenossenschaft zur Aufklärung der Mitglieder eingeleiteten Maßnahmen. Die Bezirksgruppe habe inzwischen eine Revision durch das Reichsversicherungsamt beantragt. Der eingehende Revisionsbericht sei durchaus zufriedenstellend. Von anderer Seite könnten Revisionen nicht vorgenommen werden, aber die Bezirksgruppe sei jederzeit bereit, durch die Mitglieder des Vorstandes jede gewünschte Aufklärung zu erteilen. Die Berufsgenossenschaft habe sich die Auffassung der Mitglieder zur besonderen Aufgabe gemacht. Es sei aber notwendig, jeden Fall einzeln zu behandeln. Auf Anträgen aus der Verammlung gab Altem Aufklärung über die verschiedenen Vertragsätze, die Unternehmerversicherung usw. — Zu Punkt 14: Anträge. Dieser Punkt wird vertagt. Schulze-Wittmund verwies auf den bereits von zwei Jahren gestellten Antrag des Landesverbandes Nordwest, für die Ausschuss-Sitzung zwei Tage festzusetzen, da dann auch eine eingehende Behandlung der Anträge möglich sei. Er hätte besonders die Behandlung seiner Anträge, „Gründung einer Blumenpflanzvermittlung“ und „Aufbau der „Gartenbauwirtschaft“, gemahnt.“ — Zu Punkt 15: Der deutsche Gartenausweiser 1931 und die Tagung der Föderation Horticole Professionnelle Internationale wurde mitgeteilt, daß der Gartenausweiser in der Zeit vom 6. bis 10. Juni in Berlin in Verbindung mit einer Tagung der Föderation Horticole Professionnelle Internationale stattfinden werde. — Punkt 16: Beschlusfassung über die Ehrung verdienter Mitglieder durch Auszeichnungen (Einführung einer Verbandsmedaille) wird vertagt. — Um 10.30 Uhr wurde die Sitzung durch Präsident Verhoff geschlossen.

Schetelig, Präsident Hofmann, Direktor für die Niederschrift: Sievert

Mitteilungen der Sterbekasse

1. Am 11. April 1931 ist das Mitglied der Sterbekasse, Herr Karl Bergmann, Seesen (Harz), im Alter von 62 Jahren verstorben. Das Sterbegeld wurde laut § 11 der Satzung zur Auszahlung gebracht. 121. Sterbefall.
2. Am 10. März 1931 ist das Mitglied der Sterbekasse, Herr Karl Zimmermann, Berlin-Lichterfelde-West, im Alter von 65 Jahren verstorben. Das Sterbegeld wurde laut § 11 der Satzung zur Auszahlung gebracht. 122. Sterbefall.
3. Am 19. April 1931 ist das Mitglied der Sterbekasse, Frau Berta Fricke, geb. Müller, Wennigsen/Deister, im Alter von 54 Jahren verstorben. Das Sterbegeld wurde laut § 11 der Satzung zur Auszahlung gebracht. 123. Sterbefall.
4. Am 18. April 1931 ist das Mitglied der Sterbekasse, Frau Sofie Schade, geb. Becker, Homburg, Bez. Kassel, im Alter von 41 Jahren verstorben. Das Sterbegeld wurde laut § 11 der Satzung zur Auszahlung gebracht. 124. Sterbefall.
5. Am 25. März 1931 ist das Mitglied der Sterbekasse, Frau Alma Brandt, geb. Kruke, Hannover-Gr. Buchholz, im Alter von 49 Jahren verstorben. Das Sterbegeld wurde laut § 11 der Satzung zur Auszahlung gebracht. 125. Sterbefall.